

Grüne im LWV c/o K. McGovern Am Vogelherd 65 35043 Marburg

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Landeswohlfahrtsverband Hessen
c/o Dr. Karsten McGovern
Am Vogelherd 65
35043 Marburg
Email: mcgovern@t-online.de

Marburg, 24.4.2015

Pressemitteilung

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie folgende PM über eine Tagung unserer Fraktion im Landeswohlfahrtsverband mit der Bitte, diese in Ihrer Berichterstattung zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Karsten McGovern

Grüne loten Budget für Arbeit für Hessen aus. Erster Arbeitsmarkt als Ziel

Über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Hessen diskutierten am vergangenen Donnerstag in Marburg auf Einladung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landeswohlfahrtsverband, ob und ggf. wie mit einem „Hessischen Budget für Arbeit“ Alternativen zur Werkstatt für Menschen mit Behinderung geboten werden sollen.

„Noch immer ist die Quote der behinderten Menschen, die den Sprung aus einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) in den ersten Arbeitsmarkt schaffen, zu gering. Deswegen wollen wir als Grüne schauen, ob ein Budget für Arbeit in Hessen hier Abhilfe schaffen kann und wie dies ggf. ausgestaltet werden sollte. Wichtig ist uns, dass wir das Thema von Anfang an breit diskutieren und sowohl behinderte Menschen, Arbeitgeber und freie Träger bei der Diskussion mitnehmen“, so Michael Thiele, Fraktionsvorsitzender der Grünen LWV-Fraktion.

Einführend in die Tagung im TTZ Marburg berichtete Edith Barthelmes vom Zentrum für selbstbestimmtes Leben aus dem rheinland-pfälzischen Landkreis Bitburg-Prüm über ihre Erfahrungen als Beraterin mit dem dortigen Budget. Vor allem eine gute Begleitung von Anfang an habe dafür gesorgt, dass behinderte Menschen einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden und vor allem immer noch haben. Streikbedingt nicht teilnehmen konnte ein Vertreter des Sozialministeriums aus Niedersachsen. In dem für ihn gehaltenen Folienvortrag wurde deutlich, warum das Thema wichtig ist. In Niedersachsen wurden 2013 nur 0,16% der Menschen aus einer Werkstatt in den ersten Arbeitsmarkt, obwohl die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt ein gesetzlicher Auftrag ist. Dr. Andreas Jürgens, Erster Beigeordneter des Landeswohlfahrtsverbandes, referierte über bisherige Anstrengungen des LWVs behinderte Menschen den

Übergang aus der Werkstatt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern und zeigte den Regelungsbedarf auf, der z.B. in den künftigen Rentenansprüchen der Budgetnehmer liegt.

In den anschließenden Workshops wurde jeweils die Sicht der Budgetnehmer, der freien Träger und der Arbeitgeber in den Mittelpunkt gestellt. Grundsätzlich würde eine Einführung auf breite Zustimmung als Ergänzung bestehender Möglichkeiten der Arbeitsmarktintegration stoßen. Allerdings dürften die Regelungen nicht zu kompliziert sein, es müssten Rückkehrmöglichkeiten in die Werkstatt bestehen, keine finanzielle Schlechterstellung erfolgen, eine gute Beratung und Begleitung gewährleistet sein und es sollten auch Schulungen der künftigen neuen Kollegen im Umgang mit Formen der Behinderung erfolgen, um nur einige Anregungen zu nennen. „Die Ergebnisse der Tagung werden ausgewertet und wir werden diese im Kontext unserer politischen Zusammenarbeit beim Landeswohlfahrtsverband einbringen“, wies der Moderator und stellv. Fraktionsvorsitzende Dr. Karsten McGovern auf das weitere Vorgehen hin.